



## ÖSTERREICHISCHER RECHTSANWALTSKAMMERTAG

Republik Österreich  
Bundesministerium für  
öffentliche Wirtschaft  
und Verkehr  
Radetzkystraße 2  
1031 W i e n

*Hilfbeck*

Betrifft	GESETZENTWURF
Zl.	84 - GEM. 84
Datum:	1 1. NOV. 1994
Verteilt	25.11.94

Zl. 317/94

DVR: 0487864  
KUC/NC

Betrifft: Bundesgesetz, mit dem Teil D "Schiffahrtskon-  
zession" des Schiffahrtsgesetzes 1990 geändert  
wird;

Zl. 554.003/4-V/7-1994

Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Österreichische Rechtsanwaltskammertag dankt für die  
Übersendung dieses Entwurfes zur Stellungnahme.

Es wird begrüßt, daß der Entwurf den EU-Richtlinien ange-  
paßt ist und die künftige gesetzliche Regelung eine Libera-  
lisierung der bisherigen, etwas starren Bestimmungen brin-  
gen soll.

Bedenken wurden jedoch gegen die Regelung des § 78 Abs 3  
des Entwurfes erhoben, mit der für bestimmte gewerbliche  
Tätigkeiten die Voraussetzungen erleichtert werden sollen.  
Nach dieser Bestimmung ist für eine große Anzahl von ge-  
werblichen Tätigkeiten lediglich erforderlich, daß der Be-  
willigungswerber die Verfügung über die erforderlichen An-  
legestellen bzw Schiffahrtsanlagen und die Zustimmung des  
allenfalls Verfügungsberechtigten des Gewässers nachweist.

- 2 -

Im übrigen wird noch der Nachweis der "Verlässlichkeit" gefordert. Nach § 79 des Entwurfes ist die Verlässlichkeit insb dann nicht gegeben, wenn der Bewilligungswerber zu einer drei Monate übersteigenden Freiheitsstrafe oder einer Geldbuße von mehr als 180 Tagessätzen verurteilt wurde oder der Bewilligungswerber wiederholt wegen grober Verletzung schiffahrtsrechtlicher Vorschriften rechtskräftig bestraft wurde.

Demnach wäre die im seinerzeitigen SchiffahrtsG für die größeren Konzessionen erforderliche finanzielle Leistungsfähigkeit nicht mehr als Bedingung vorgesehen. Abweichend von der Gewerbeordnung würden demnach im Ergebnis nur die Regelungen des § 13 Abs 1 GewO übernommen werden, nicht hingegen die Regelungen des § 13 Abs 2 bis 7 GewO.

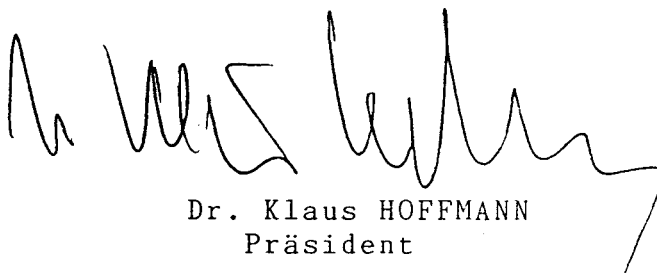
Demgegenüber erscheint dies jedoch schon im Hinblick auf die Sicherheit der betroffenen Personen erforderlich, zumal gerade beim Gewerbe der Personenbeförderung doch erhöhte Sorgfaltsvorschriften gegeben sein sollten. Es wäre daher zu erwägen, die oben erwähnten Bestimmungen aus der GewO vollinhaltlich in das Schiffahrtsgewerberecht zu übernehmen.

Weiters sollte nochmals erwogen werden, zumindest einen Teil der im Anhang zur Richtlinie 87/540 aufgelisteten Sachgebiete, in denen Kenntnisse nachgewiesen werden müssen, auch für die erleichterten Konzessionen zu übernehmen; zumindest sollten jene Sachgebiete, die technische Normen und die Sicherheit betreffen, übernommen werden.

Wien, am 25. Oktober 1994

DER ÖSTERREICHISCHE RECHTSANWALTSKAMMERTAG



  
Dr. Klaus HOFFMANN  
Präsident